

Millionen-Showdown um den Gripen

Gripen-Hersteller Saab schliesst nicht aus, sich finanziell am Abstimmungskampf für den Kampfjet zu beteiligen

VON HENRY HABEGGER

Der Vorfall, so erzählt man sich in der Kampfjet-Szene, sei so abgelaufen: In der Berner «Bellevue»-Bar sass ein Manager des Herstellers EADS (Eurofighter). Ein Unbekannter trat an den Tisch: «Sie haben einen Fehler gemacht, Sie haben nichts gezahlt. Die anderen zahlten 50 Millionen. Für 60 Millionen kehre ich den Entscheid.» Dann verschwand der Unbekannte. Spätere Versuche, den Mann zu identifizieren, scheiterten.

Das war am 10. September 2013, am Vorabend des Entscheides im Nationalrat zum Kauf des Gripen-Kampfjets. Kann sein, dass sich ein Scherzkecks eine Provokation leistete. Es kursieren auch leicht andere Versionen der Story. Eine besagt, dass auch ein Chef des zweiten Gripen-Konkurrenten, Dassault (Hersteller der Rafale) mit am Tisch sass. Sicher ist: Tags darauf sagte der National-

rat mit 113 zu 68 Stimmen Ja zum Kauf der 22 Gripen für 3,126 Milliarden. SVP, FDP, CVP und BDP setzten sich fast geschlossen für den Schweden-Jet ein. Obwohl namentlich die FDP zuvor grösste Vorbehalte geäussert hatte.

KEIN WUNDER, SCHIESSEN die Spekulationen ins Kraut. Eine davon: Zahlt Saab den Gripen-Supportern hohe Parteispenden? Das wäre in der Schweiz nicht mal illegal. Parteispenden müssen auch gar nicht ausgewiesen werden.

«Die FDP gibt aus Prinzip keine Auskunft über die Finanzierung der Partei», sagt FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher. SVP-Generalsekretär Martin Baltisser wird deutlicher: «Wir haben weder direkt noch indirekt je irgendeine Spende von Saab erhalten. Auch wurde uns nie eine solche angeboten oder in Aussicht gestellt.» Ähnlich äussern sich CVP und BDP: «Bislang erhielten wir keine Spenden von Saab und es ist auch nichts zugesagt», sagt CVP-Generalsekretärin

Béatrice Wertli. Richard Smith, Kampagnendirektor Gripen Schweiz, lässt ausrichten: «Wir haben Parteien nicht mit Spenden unterstützt». Auf die Frage nach künftigen Spenden geht er nicht ein. SP-Präsident Christian Levrat sagt:

MARCUS WALLENBERG

Der 57-jährige Bankier und Industrielle setzte sich am Swiss Economic Forum in Interlaken persönlich für den Gripen ein.



«Wenn Saab so weit gehen sollte, Schweizer Parteien finanziell zu unterstützen, wäre das ein klarer Schritt in Richtung Korruption.» Martin Bäumle, Präsident der ebenfalls Gripen-kritischen Grünliberalen, sagt: «Parteispenden sind nicht verboten. Aber vor einem Volks- oder Par-

lamentsentscheid so etwas zu versprechen, wäre zumindest heikel.»

Parteispenden sind das eine. Finanzierung der Abstimmungskampagne um den Gripen 2014 ist das andere. Levrat sagt: «Ich gehe davon aus, dass sich Saab, zweifellos über Intermediäre, finanziell am Abstimmungskampf beteiligen wird. Saab wird alles tun, um die Abstimmung zu gewinnen.» Für ihn wäre eine solche «Einnischung einer ausländischen Firma in einen Schweizer Abstimmungskampf skandalös.»

Auch GLP-Chef Bäumle würde es als «problematisch» einstufen, wenn Saab die Kampagne finanzieren sollte: «Aber auch das wäre nicht verboten. Auch das linke Lager legt nicht immer offen, wer seine Kampagnen finanziert.»

AUF DIE FRAGE, OB SAAB den Abstimmungskampf mitfinanzieren wird, sagt Richard Smith: «Welches unsere Rolle bei einem möglichen Referendum sein wird, wissen wir im jetzigen Zeitpunkt

nicht. Das werden wir selbstverständlich zu gegebener Zeit genau anschauen.» Und: «Für uns ist wichtig, den politischen Prozess zu respektieren; und gleichzeitig wollen wir ihn unterstützen, indem wir Fakten und Informationen über Saab, Gripen und unser Schweizer Industrie-Beteiligungsprogramm (SIP) zur Verfügung stellen.»

Sicher ist, dass für Saab und Schweden viel auf dem Spiel steht. Sie brauchen die Einnahmen aus der Schweiz dringend. Sagt das Schweizer Volk Nein, droht dem neuen Gripen das Aus.

Entsprechend forsch geht der Konzern zur Sache. Im Juni griff Saab-Präsident Marcus Wallenberg persönlich ein. «Am Rand des Swiss Economic Forums hat er sich die Präsidenten der Bundesratsparteien in Einzelabreibung vorgeknöpft und versucht, sie vom Gripen zu überzeugen», sagt SP-Chef Levrat. Die Politiker konnten sich der Aktion nicht entziehen: Wallenberg ging sie der Reihe nach an, als sie in der Maske sass.

Todes- statt Geburtsanzeige

350 Babys sind vergangenes Jahr in der Schweiz tot zur Welt gekommen und die Fälle nehmen zu

VON FABIENNE RIKLIN

Auf der Kommode in der Stube brennt eine Kerze mit dem Namen Alina. «Ich denke jeden Tag an sie», sagt Yvonne (46) aus Arbon TG und fügt an: «Ich stelle mir vor, wie sie heute aussehen würde und was für einen Charakter sie hätte.» Alina wäre heute 14 Jahre alt. Doch sie hat das Licht der Welt nie erblickt. Das Mädchen ist in der 24. Schwangerschaftswoche noch im Bauch von Yvonne gestorben. Sie brachte ihr erstes Kind tot zur Welt.

Yvonne* ist eine der wenigen Frauen, die über ihre Totgeburt sprechen. Dabei erleiden dieses Schicksal jedes Jahr mehrere hundert Frauen. Neuste Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigen: Vergangenes Jahr kamen 350 Kinder in der Schweiz tot zur Welt – also ein Kind pro 200 Geburten. Seit vier Jahren nehmen die Fälle sogar leicht zu.

Grund dafür ist vor allem das steigende Alter von werdenden Müttern. «Frauen mit einem hohen Fehlgeburts-Risiko werden zunehmend schwanger und entsprechend erhöht ist dadurch das Risiko einer Totgeburt», sagt Monya Todesco, Chefärztin Geburtshilfe und Perinatalmedizin im Kantonsspital Aarau.

ENGELSKINDER, wie die Fehl- und Totgeburten auch heissen, werden in der Gesellschaft häufig verdrängt. Und dies, obwohl Totgeburten zehnmal häufiger vorkommen als der plötzliche Kindstod. «Viele Paare und auch Angehörige gehen heute davon aus, dass eine Schwangerschaft gut verläuft. Umso grösser ist dann der Schock, wenn ein Kind stirbt», sagt Franziska Maurer. Sie leitet die Schweizer Fachstelle Fehlgeburt und perinataler Kindstod in Bern.

So war es auch für Yvonne. Bis zum vierten Monat verläuft alles gut. Dann stellen die Ärzte bei einem Ultraschall-Untersuchung bei Alina einen schweren Herzfehler fest. Die schockierende Nachricht: Das kleine Mädchen wird es nicht schaffen. In der 24. Woche sind keine Herztöne mehr zu hören. Die Ärzte empfehlen Yvonne, ihre Tochter natürlich zu gebären. «Ich war unsicher. Warum sollte ich mir die Schmerzen noch antun?»

Mit ihrem Mann an der Seite nimmt Yvonne die Strapazen auf sich. Nach sechs Stunden ist Alina geboren. «Sie war so schön. Sie hat ausgesehen, als würde sie schlafen. Ich nahm sie in meine Arme und habe mir ihr Gesicht eingepreßt.» Der Spitalpfarrer taufte das kleine Mädchen auf den Namen Alina. Am Abend legen Yvonne und ihr Mann Alina in einen kleinen Sarg.

Yvonne ist froh, dass sie Alina gebären und danach so lange, wie sie mocht-



Erst ein paar Gemeinden bieten spezielle Gemeinschaftsgräber für die Kleinsten an.

KEYSTONE

te, in den Armen halten konnte. Bis vor wenigen Jahren war der Umgang mit Fehlgeburten herzlos. Später behandelten die verstorbenen Fröhen als Humanabfall. Die mit der Situation vollständig überforderten Eltern waren sich selber überlassen. Doch die Ärzte und das Pflegepersonal haben dazugelernt.

DIE RECHTLICHEN FOLGEN sind aber noch immer kaum verständlich. Stirbt ein Kind nach der 22. Schwangerschaftswoche oder wiegt es beim Zeitpunkt des Todes mindestens 500 Gramm, gilt es als Totgeburt. Diese wird im Zivilstandsregister beurkundet, die Eltern können dem Kind einen Namen geben und haben Anrecht auf eine Bestattung. Stirbt das Kind indes früher oder ist es leichter, spricht man von einer Fehlgeburt. Ein solches Engelskind hat gesetzlich nie existiert und wird auch nicht registriert. Etwa 15 Prozent aller Schwangerschaften enden mit einer Fehlgeburt. Laut Franziska Maurer sind es landesweit pro Jahr mehr als 20 000 Fehlgeburten.

Erst ein paar Gemeinden, wie beispielsweise der Friedhof Nordheim in Zürich, bieten spezielle Gemeinschaftsgräber für die Kleinsten an.

Das soll sich ändern: Der Bundesrat will Änderungen bezüglich Bestattungs-

20 000

Zu so vielen Fehlgeburten kommt es jährlich in der Schweiz. Erfasst werden sie allerdings nicht.

möglichkeiten prüfen. Auf eine Interpellation der Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti schreibt er: «Der Bundesrat hat die Möglichkeit, (...) die ärztliche Meldepflicht und damit die Eintragungen im Zivilstandsregister auszuheben (...)»

Heute ist Yvonne Mutter von zwei Buben (9 und 12). Wenn sie gefragt wird,

wie viele Kinder sie habe, sagt sie drei. Als Leiterin einer Selbsthilfegruppe unterstützt sie nun andere Frauen. Aus ihrer Erfahrung weiss Yvonne: «Für die Gesellschaft muss man nach zwei bis drei Monaten wieder funktionieren. Aber der Schmerz ist riesig. Es hat mir gutgetan, mit Frauen zu sprechen, die wussten, was ich durchgemacht hatte.»

DAS ERLEBT AUCH FRANZISKA Maurer bei ihrer Arbeit in der Fachstelle. «Es ist wichtig, dass die Eltern mit dem Erlebten nicht isoliert bleiben», sagt sie. Anteilnahme von Freunden und Familie helfe, mit dem Schicksal weiterleben zu können. Doch oft ist das Umfeld überfordert und reagiert mit Sätzen wie: Besser, dass es so früh passierte. Oder ihr könnt ja bald wieder schwanger werden. «Eltern hilft es, wenn sie als Eltern ihres verstorbenen Kindes respektiert und nicht auf ein nächstes Kind verdrängt werden», sagt Maurer.

* Name der Redaktion bekannt

Tollwutkätzchen in der Schweiz vermutet

DIE TOLLWÜTIGEN KÄTZCHEN, nach denen das Bundesamt für Gesundheit (BAG) sucht, könnten sich in der Romandie befinden. Bei der Schweizerischen Tollwutstelle hat sich eine Frau gemeldet, der zwei Kätzchen zugehört sind, auf welche die Beschreibung des BAG passt. Dieses hatte über die Medien nach einem Touristen gesucht, der am 12. Oktober an einem Strand in Marokko ein tollwütiges Kätzchen gestreichelt oder es gar mit in die Schweiz genommen hat.

Grund für die Suche ist ein Tollwut-Fall in Frankreich. Dort ist eine Kätzchen, das vermutlich aus dem gleichen Wurf wie die vermissten stammt, an der Virusinfektion gestorben. Die Krankheit ist auch auf Menschen übertragbar. Wird sie nicht vor Ausbruch erkannt, endet sie in der Regel tödlich. Das Virus gilt in der Schweiz seit 1999 als ausgestorben. Die Kätzchen der Westschweizerin werden nun vom Kantonstierarzt untersucht, wie verschiedene Medien berichteten. Eine weitere Schweizerin meldete sich bei der Tollwutstelle. Sie habe zu besagten Zeitraum und Ort ein Kätzchen gestreichelt. Bei ihr kann aber ausgeschlossen werden, dass sie sich mit Tollwut angesteckt hat. (RED)

Homosexuelle dürfen feiern, aber ohne Ringe

DIE REFORMIERTE KIRCHE des Kantons Waadt hat am Samstag ein neues Reglement für kirchliche Feiern für homosexuelle Paare angenommen. Es tritt im nächsten Jahr in Kraft und sieht eine Feier mit Predigt und Gebet für eingetragene Partnerschaften vor. Anders als bei einer traditionellen Hochzeit gibt es keine Segnung und es werden keine Ringe ausgetauscht.

Das neue Reglement wurde in dritter Lesung mit 55 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen, wie die Synode am Samstag mitteilte. Die homosexuellen Paare können eine Kirche für ihre Feier auswählen.

Ein Pfarrer kann es jedoch ablehnen, eine kirchliche Feier für homosexuelle Paare abzuhalten, wenn «seine theologischen Überzeugungen ihn daran hindern», wie es im Communiqué heisst. Die reformierte Kirche der Waadt hat vor einem Jahr entschieden, einen liturgischen Akt für eingetragene Partnerschaften zu schaffen. (RED)